

Merseburger Kurier

Erste Ausgabe täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Preis: 20 Pf. — In Merseburg: monatlich 2,50 Pf., vierteljährlich 6,50 Pf., halbjährlich 12,50 Pf., jährlich 24,00 Pf. — Bestellungen durch unsere Sachbotten 6,50 Pf. für Post, Einschlag, Einschlagnummer 15 Pf. — Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den halbjährlichen Abdruck 20 Pf., für den vierteljährlichen 10 Pf., für den monatlichen 5 Pf., für den wöchentlichen 2 Pf., für den täglichen 1 Pf. — Einmalige Anzeigen nach Vereinbarung. — Telefon Nr. 324.

Nr. 6

Donnerstag, den 8. Januar 1920

46. Jahrg.

Das politische Erwachen der Beamtenschaft.

Von C. Delius, Mitglied der Nationalversammlung.

Die Beamten standen früher den öffentlichen Angelegenheiten in ihrer großen Mehrheit fast völlig fern. Es gehörte zu nicht zum guten Ton in ihren Kreisen, sich überhaupt mit Politik zu beschäftigen. Einzig es war, was sie zu den Wahlen, so war die Wahlung und Abnahme des höheren Beamtenstandes für die nachgeordneten Beamten meist das Gegebene. Der Beamte gehörte aber mit seinen Aufstellungen wohl immer in das Regierungsgewerbe, das seinen konstitutiven Charakter hat. Er ist oft in dem Mittelbereich in früheren Jahren bei Beschlagnahme vorgekommen, daß ihm das alte charakteristische Wort entgegengeschrien wurde: „Weißt Du nicht, daß ich ein Beamter bin.“ Die sehr viel einseitige Berufsorientierung ist aber in den letzten Jahren sehr merklich gewachsen, das Interesse für öffentliche Angelegenheiten unter den Beamten zu wachsen, die Erfolge waren aber verhältnismäßig immer noch geringe. Das hat zu dem großen Teil sicherlich seinen Grund in dem, daß die unbedeutendsten wirtschaftlichen Verhältnisse mit Beamten weiten Kreisen den Blick für andere Aufgaben trübten und sogar den höchsten Kreisen aufkommen ließen, daß es besser sei, sich nicht politisch zu betätigen, weil man sonst irgendwo aufstoßen und die Staatsinteressen gefährden könnte. Man wollte es mit allen Kräften vermeiden. Angenehm ging man einer freien Stellungnahme aus dem Wege. Das damit nicht letztermaßen Ausnahme meinten hierbei nur die Lehrer und mittleren Beamten, die, über mutterliche Organisationen verfügten, ihren Mitarbeitern immer wieder die Teilnahme am öffentlichen Leben nahelegten. Der Erfolg ist nicht ausgefallen. Lehrer und Hofbeamte waren längst als tüchtige Mitarbeiter in den politischen Parteien geschäftig. Mancher von ihnen konnte sich eine Führerrolle durch seine Arbeit erwerben.

Durch den Staatssturz ist Bewegung in die bis dahin fast indifferenten Beamtenschaft gekommen. Vom reinen Berufsstande sind nunmehr die Beamten zum politischen Leben zurückgewandt. Die Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten ist nunmehr ein Bestandteil der Beamten geworden. Die Beamten sind nunmehr in der Lage, sich an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen. Die Beamten sind nunmehr in der Lage, sich an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen. Die Beamten sind nunmehr in der Lage, sich an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen.

Nach zu dem demokratischen Bewußtsein gekommen, die wir erst im demokratischen Bewußtsein erleben müssen. Sie hatten immerhin den Vorteil, daß man nicht in den letzten Jahren unter dem Druck der rückwärtigen Politik der Konventionen sich in folgen dem Maße die Beamten der entscheidenden bürokratischen Stellen angeschlossen. Es kann behauptet werden, daß besonders die Fortschrittliche Volkspartei in den verflochtenen Parlamenten immer eine große Rolle gespielt haben. Die Beamten sind nunmehr in der Lage, sich an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen.

Die Reichsparteien kümmerten sich in früheren Jahren sehr wenig um die Beamten. Im Bewußt der Macht, beherrschten sie durch den mit ihren Befehlsgewalt versehenen Apparat auch die Beamten. Sie konnten es sich deshalb nicht erlauben, häufig die Rechte der Beamten mit Füßen zu treten, ohne die Abrechnung bei den Wahlen allzu sehr fürchten zu müssen. Denn in ihrer das Reich völlig beherrschenden Dominanz brauchten sie nicht die Beamten nicht gefürchtet werden. In anderen Staaten war es ähnlich. Das ist jetzt anders geworden. Die 12 Millionen Reichs, Staats- und Gemeindebeamten sind auch die Reichsparteien einer gewissen Furcht, nun, da es sich ihnen lohnt, jetzt die völlig veränderten politischen Verhältnisse zu nutzen. Es kann nicht bestritten werden, daß die beiden Parteien, Deutsche nationale und Volkspartei, besonders Augenmerk den Beamten zuwenden. Namentlich die letztere Partei will jetzt durch ebenso überflüssige wie häufig geistlos und unbedeutende Anträge den Beamten versetzen machen, daß sie es wagen, die im trauten Bunde mit der Regierung jede freischaffende Partei der Beamten unterdrückt. Nicht selten wurde ihr dabei Hilfe von den Reichsministerialbeamten, der heutigen Deutschen Volkspartei, geleistet. Man denke nur an die Bekämpfung der Reichsreform in Preußen, wo sich Herr v. Seydewitz durch die Bekämpfung der Verlage aus dem Grundes bediente, daß gerade mit Rücksicht auf die Beamten das gleiche Wahlrecht nicht eingeführt werden konnte. Die Vorgänger der Deutschen Volkspartei waren mit ihm herein einig.

Für die Demokratie heißt es jetzt Aufklärungsarbeit unter den Beamten tun. Wir müssen den Beamten ins Gedächtnis zurückrufen, was jene Parteien an ihnen gefordert haben. Im Bewußt der

Die Fallsammlungen über einen Zusammenbruch unserer Brotverforgung.

Berlin, 7. Jan. (Rhein-Telegr.) Die herannahenden Wahlen über einen in der nächsten Zeit bevorstehenden Zusammenbruch unserer Brotverforgung treffen nicht zu. Es trifft vor allem nicht zu, daß die Reichsgetreidekommission nur für vierzehn Tage nach die Brotverforgung werde erreicht werden können. Die Reichsgetreidekommission ist vielmehr ein Organ der ersten vierzehn Tagen und der ihr jetzt angedachten Verbindung von Brotgetreide auf circa 1-1/2 Monate gedacht. Der Grund der bisher gescheiterten Erfahrungen ist eine Steigerung der Anforderungen, die die Bevölkerung hinsichtlich ihrer Getreide, so zu bestimmen zu erwarten, als die deutsche Getreidekommission nicht ungenügend war und eine gewisse Zurückhaltung in den Anforderungen im Dezember vorigen Jahres nur darauf zurückzuführen ist, daß man in landwirtschaftlichen Kreisen die Einführung der Abfederungsprämien erwartete, deren Nutzen aus den mit den Vertretern der Landwirtschaft getroffenen Vereinbarungen bereits bekannt war. Schließlich eines gegen Ende des Vorjahresjahres zu erwartenden Defizits in der Versorgung wird eine Deutung durch entsprechende Einträge in den Aufstellungen sicher gestellt werden. Durch die fürsich selbst getroffene Abregulierung der deutschen Brotverforgung ist bestimmt zu erwarten, daß die Reichsgetreidekommission ausreichende ausländische Devisen in Händen haben wird, um den notwendigen Brotgetreidebedarf auch für den Verlauf des Vorjahresjahres sicher zu stellen.

Keine Verminderung der Wehrtruppen.

Berlin, 7. Jan. (Z.-Bl.) In der Antwort der Reichsminister auf das deutsche Ersuchen um Senkung der Wehrtruppen in den Bestimmungen des Versailler Vertrags ist durch die Reichsministerialkommission festgestellt worden, daß eine Senkung der Wehrtruppen nicht zu denken ist.

Beibehaltung des Belagerungszustandes im Ruhrrevier.

Bielefeld, 7. Jan. (Z.-Bl.) Der Reichsministerialkommission ist bekannt, daß die Wehrtruppen im Ruhrrevier beibehalten werden. Die Wehrtruppen im Ruhrrevier sind notwendig, um die öffentliche Ordnung zu gewährleisten. Die Wehrtruppen im Ruhrrevier sind notwendig, um die öffentliche Ordnung zu gewährleisten.

Man hat den in der wirtschaftlichen Lage der Beamten verstanden. Für die Anpassung des Beamtenverhältnisses an die Erfordernisse der Zeit waren es nicht zu haben. Das ist ein wichtiger Bestandteil, die öffentliche Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Die öffentliche Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Demgegenüber betont die Deutsche demokratische Partei, daß das berufsmäßige Beamtentum als ein Erfordernis auch in demokratischen Staaten nicht entbehrt werden kann. Im es gesund zu erhalten und für die gerade jetzt kein allgemeines Zusammenbrechen sich äußeren Willens ist ein wichtiger Bestandteil, die öffentliche Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Die politische Bewegung unter den Beamten in vernünftige Bahnen zu lenken, wird einer rechtlichen demokratischen Politik möglich sein. Jetzt gilt es, die Zeichen der Zeit zu verstehen. Der überhäufende Nachschuß, der sich nicht nur in den Beamten bemerkbar macht, wird gerade in ihrer Stellung nur eine notwendige Erscheinung sein. Eine Schicht, die auch in dem veränderten Staat immer noch ein Moment der Ordnung darstellen wird, steht der öffentlichen Meinung nicht auf. Man wird die öffentliche Meinung nicht auf. Man wird die öffentliche Meinung nicht auf.

Friedensfragen.

Die Regelung der Sava-Flow-Angelegenheit.

Paris, 7. Jan. Die Pariser Vorkonferenz beschäftigt sich mit der Regelung der Sava-Flow-Angelegenheit. Die Pariser Vorkonferenz beschäftigt sich mit der Regelung der Sava-Flow-Angelegenheit.

Weitere Verzögerung der Ratifikation.

Paris, 7. Jan. (Rhein-Telegr.) Am Dienstagnachmittag wurde die Ratifikation der Übergabe der Meeresgrenzen in den Bestimmungen des Versailler Vertrags durch den General der Meeresgrenzenkommission und der unter dem Vorsitz des Meeresgrenzenkommissionars bestehenden Meeresgrenzenkommission vorgelegt. Eine neue Sitzung wird heute Nachmittag stattfinden, in der der Austausch der Ratifikationsurkunden nach am 10. Januar erfolgen kann. Morgen wird sich auch die mit der Übergabe der Meeresgrenzen von Dänien betraute Kommission verständigen.

Genf, 7. Jan. (Z.-Bl.) Trotz der bestimmt gehaltenen Meinung der Meeresgrenzenkommission, daß der Austausch der Ratifikationsurkunden nach am 10. Januar erfolgen werde, muß man doch nach einer Ratifizierung des Meeresgrenzenvertrags mit einer weiteren Verzögerung rechnen, weil der englische Ministerpräsident Lloyd George und der französische Ministerpräsident Briand die Ratifikation des Meeresgrenzenvertrags nicht, erst am Montag nächster Woche in Paris eingeleitet werden.

Die Verminderung der Wehrmacht.

Berlin, 7. Jan. (Z.-Bl.) Die Reichsministerialkommission hat am 1. Januar einen Bestand von 200 000 Mann. Dieser wird monatlich darunter vermindert, daß am 1. April d. J. der im Friedensvertrag vorgesehene Bestand erreicht sein wird. Die Zeitfristuntergrenzen werden drei Monate nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages revidiert angesetzt.

Wiederaufnahme der Arbeit bei Löwe und Siemens.

Berlin, 7. Jan. (Z.-Bl.) Die Wiederaufnahme der Arbeit bei Löwe und Siemens ist am 15. Dezember 1919 geschloffen. Die Wiederaufnahme der Arbeit bei Löwe und Siemens ist am 15. Dezember 1919 geschloffen.

Sandgranatenattentat gegen eine Zeitung.

München (Rhein-Telegr.), 7. Jan. (Z.-Bl.) In der vergangenen Nacht wurde gegen das Gebäude des „Allgemeinen Arbeiter“ in Dillingen ein Sandgranatenattentat verübt. Ein vierzehnjähriger Sandgranatenexplodiert eine in einem Garten. Durch den Luftdruck wurden sämtliche Fensterbrüche zertrümmert. Das diensthabende Personal ist zur Zeit des Attentats in der Zeitung, so daß niemand verletzt wurde. Die Täter blieben noch unermittelt.

Ein Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich.

Berlin, 7. Jan. Durch das zwischen Deutschland und Frankreich am 15. Dezember 1919 geschloffen Abkommen betreffend die Freigabe des noch in Gefangenschaft befindlichen deutschen Wehrmannes in Deutschland ist eine gewisse Komplexion gelöst worden, deren Aufgabe es ist, die Freigabe des Wehrmannes dieses Abkommens über den Wehrmann und dessen Abfertigung nach Deutschland unter möglichst günstigen Bedingungen und im Geiste dieses Abkommens bewerkstelligen. Die Freigabe des Wehrmannes ist ein wichtiger Bestandteil, die öffentliche Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Ein französischer Missionar auf die Westküste. Aus New York wird gemeldet, daß die Verhaftung der römischen Missionare zur Aufhebung einer völkerverwundlichen Vereinbarung geführt hat, die es ihm zur Verfügung gemacht hat, die Westküste durch die Freigabe der Missionare mit 10 Millionen Dollar zu unterstützen. Die Missionare in Westafrika sind 10 Millionen Dollar durch die Freigabe der Missionare mit 10 Millionen Dollar zu unterstützen.

Wahlangelegenheiten.

Die Reichsparteien kümmern sich in früheren Jahren sehr wenig um die Beamten. Im Bewußt der Macht, beherrschten sie durch den mit ihren Befehlsgewalt versehenen Apparat auch die Beamten. Sie konnten es sich deshalb nicht erlauben, häufig die Rechte der Beamten mit Füßen zu treten, ohne die Abrechnung bei den Wahlen allzu sehr fürchten zu müssen. Denn in ihrer das Reich völlig beherrschenden Dominanz brauchten sie nicht die Beamten nicht gefürchtet werden. In anderen Staaten war es ähnlich. Das ist jetzt anders geworden. Die 12 Millionen Reichs, Staats- und Gemeindebeamten sind auch die Reichsparteien einer gewissen Furcht, nun, da es sich ihnen lohnt, jetzt die völlig veränderten politischen Verhältnisse zu nutzen. Es kann nicht bestritten werden, daß die beiden Parteien, Deutsche nationale und Volkspartei, besonders Augenmerk den Beamten zuwenden. Namentlich die letztere Partei will jetzt durch ebenso überflüssige wie häufig geistlos und unbedeutende Anträge den Beamten versetzen machen, daß sie es wagen, die im trauten Bunde mit der Regierung jede freischaffende Partei der Beamten unterdrückt. Nicht selten wurde ihr dabei Hilfe von den Reichsministerialbeamten, der heutigen Deutschen Volkspartei, geleistet. Man denke nur an die Bekämpfung der Reichsreform in Preußen, wo sich Herr v. Seydewitz durch die Bekämpfung der Verlage aus dem Grundes bediente, daß gerade mit Rücksicht auf die Beamten das gleiche Wahlrecht nicht eingeführt werden konnte. Die Vorgänger der Deutschen Volkspartei waren mit ihm herein einig.

Wahlangelegenheiten.

Paris, 7. Jan. Die Pariser Vorkonferenz beschäftigt sich mit der Regelung der Sava-Flow-Angelegenheit. Die Pariser Vorkonferenz beschäftigt sich mit der Regelung der Sava-Flow-Angelegenheit.

Die Regelung der Sava-Flow-Angelegenheit.

Paris, 7. Jan. Die Pariser Vorkonferenz beschäftigt sich mit der Regelung der Sava-Flow-Angelegenheit. Die Pariser Vorkonferenz beschäftigt sich mit der Regelung der Sava-Flow-Angelegenheit.